

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

291 (11.12.1896) I. Blatt

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch den Verleger
zu bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 60 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf., Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Redaktion und Expedition: Dirschstraße 2.

Telephonanschluß Nr. 401.

Anzeigengebühr:
Die Spaltige Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamentheile 30 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte gebildene Ein-
stellungen werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche keine
Berücksichtigung finden.

Nr. 291. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 11. Dezember

1896

Gegen die Gleichgiltigkeit.

* Unsere vaterländischen Interessen haben viele Feinde: einer der bösesten ist die Gleichgiltigkeit, die sich in den höheren sozialen Schichten mehr und mehr auszubreiten scheint. Während die gegnerischen Parteien, Sozialdemokraten und Ultramontane, mit den schärfsten Waffen, durch Verfehlung und Bogtötterung gegen diejenigen vorgehen, die sich ihren Bestrebungen nicht anschließen, obwohl sie dem Arbeiterstande bzw. dem Katholicismus angehören, nimmt die Lust zur Beteiligung am politischen Leben in den national gesinnten gebildeten Klassen fortwährend ab, und niemand erkennt es als eine Standespflicht, dieser Gleichgiltigkeit entgegenzuwirken, niemand erinnert die Laien und Säuglinge an das, was sie der Gesamtheit schuldig sind. Diese Thatsachen eröffnen keine erfreulichen Aussichten auf die Zukunft, und mit vollem Recht hat der Führer der nat.-lib. Partei, Herr Fieser, kürzlich in einer Verammlung des nat.-lib. Vereins eindringlich vor den Folgen der politischen Gleichgiltigkeit und Laubheit gewarnt.

Zwar muß zugegeben werden, daß die Mitwirkung auf der politischen Bühne heutzutage gerade keine Annehmlichkeit ist. Wer irgendwie noch einzugreifen versucht, wird von den Gegnern in der heftigsten Weise persönlich angegriffen, um nicht zu sagen, in den Kot gezerrt; nicht jedermanns Sache ist es, sich dem anzusehen, namentlich, wenn man von den eigenen Standesgenossen im Stich gelassen wird. Entmutigend wirkt auch das allgemeine Stimmrecht, welches dem großen Haufen alle Macht einräumt und die Stimmen der Gebildeten und Einsichtsvolleren, die überall nur eine Minderheit bilden und stets bilden werden, wirkungslos macht, statt daß es eigentlich umgekehrt sein sollte: Erfahrung, Bildung und Weisheit sollten den Ausschlag geben, nicht die Unwissenheit im Rande mit der Leidenschaft. Der Unmut über diese entwürdigenden Zustände läßt es begreiflich erscheinen, daß eine immer größere Zurückhaltung Platz greift, aber eine ausreichende Entschuldigend genügt dieser Unmut nicht.

Wir besitzen nun einmal das allgemeine Stimmrecht mit seinen Folgeerscheinungen, und wir werden es auch behalten. Keine einzige der politischen Parteien hat nur die geringste Lust, die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechtes auf verfassungsmäßigem Wege zu beantragen, und wenn eine Partei es zu versuchen, so würde sie damit keinen Anhang finden. Die Beseitigung des allgemeinen Stimmrechtes könnte nur das Wert eines Staatsstreiches, einer Revolution von oben sein, die niemand wünschen kann, denn keine Art Revolution, komme sie von oben oder von unten, trägt gute Früchte. Die gärende und schwärzende Unzufriedenheit, die Neigung zum Umsturz, würden reißend zunehmen und dies wäre schlimmer als alle Schattenseiten des gegenwärtigen Zustandes. Darum sind die Befürworter, es könne ein „Attentat“ auf das allgemeine Stimmrecht ausgeführt werden, vollkommen grundlos. Wir sind allerdings täglich Zeugen von Attentaten auf verschiedene Dinge, die dem Vaterlandsfreund heilig und teuer sind, aber an ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht denkt niemand, nicht einmal der hartgesottenste „Reaktionär“. Die nationalliberale Partei, welcher unser Blatt nahe steht, hat oft genug erklärt, daß sie an dem allgemeinen Stimmrecht festhält.

Dejenigen, welche etwa mit ihrer Beteiligung am politischen Leben bis nach der Aufhebung des allgemeinen Stimmrechtes warten wollten, mögen sich die Zeit nicht lange werden lassen; sie werden jene nie erleben. Aber je weniger man die Augen vor den Gefahren des allgemeinen Stimmrechtes verschließt, um so mehr muß man auch einsehen, daß Gleichgiltigkeit und Zurückhaltung nicht die richtigen Mittel sind, um jenen Gefahren zu begegnen. Im Gegenteil! Der Sinn des allgemeinen Stimmrechtes kann doch nur der sein, daß aus dem Zusammenwirken aller vorhandenen Strömungen die mittlere Richtungslinie hervorgehen soll. Wohlverstanden: aller Strömungen, nicht bloß eines Teiles der Strömungen. Beziehen die gebildeten Klassen freiwillig, aus Laubheit oder Unmut auf das Recht der Geltendmachung ihrer Ansichten, dann werden allerdings die proletarischen Strömungen, seien diese nun mehr rot oder mehr schwarz oder auch ein wenig schwarz-rot gefärbt, die maßgebende Richtung angeben.

Es ist darum von vielen Vaterlandsfreunden für notwendig erkannt worden, die gebildeten Klassen wieder zu lebhafterer Teilnahme am öffentlichen Leben aufzurufen. Die „Bad. Landeszeitung“ hat sich zum Organ dieser Bestrebungen gemacht, deren Notwendigkeit zur Wahrung unserer nationalen Interessen nach dem Gesagten keiner näheren Begründung bedarf. Möge das Signal zur „Sammlung“ bei denen, die es angeht, einen fröhlichen Widerhall finden! Möge man namentlich die falsche Idee fahren lassen, daß es doch aussichtslos sei, gegen den fanatisierten großen Haufen anzugehen. Es ist wahr, daß unter den Verhältnissen, die sie sich gestaltet haben, die Stimme der Vernunft nur schwer Gehör findet; aber die gebildeten Klassen sollten doch ihren Einfluß nicht selbst unterzählen. Ihre Kenntnisse, ihre Erfahrung, ihre gewandtere Voraussicht, gewähren ihnen eine Überlegenheit, deren zweckmäßiger Gebrauch die geringere Kopfszahl ausgleicht. Allerdings möchten wir die Frage, ob Volksversammlungen, welche von Gegnern einberufen wurden, der richtige Ort zur Geltendmachung der Stimme der Gebildeten seien, nicht gerade bejahen, denn die Erfahrung lehrt, daß dort jeder, der nicht der Masse nach dem Munde redet, überschrien und zum Schweigen gebracht wird. Aber es geht nicht anders.

In kleineren Versammlungen kann man sich gegenseitig verständigen und durch die Heranziehung Zweifelhafter auf die Befestigung eines berechtigten Einflusses hinarbeiten. Die Macht der Vernunft prallt doch nicht so wirkungslos an den einzelnen ab, wie an den Massen, bei denen Einer den Anderen in das Getöse mitreißt. Dann giebt es gelegentliche Einwirkungen auf Personen, zu denen man Beziehungen hat. Die Vergebung von Arbeiten für private Rechnung sollte nicht erfolgen, ohne daß

man sich nach der Parteizugehörigkeit der Bewerber erkundigt hat. Berücksichtigt man, wie es andere Parteien auch thun und als natürlich betrachten, hauptsächlich die Gleichgesinnten, so kann man viel zur Ausbreitung des gesetzmäßigen Einflusses der Gebildeten beitragen, wogegen auch hier die Gleichgiltigkeit äußerst nachteilig wirkt. Sprechen die Gebildeten: „Wir finden es unter unserer Würde, uns darum zu bekümmern“, so untergraben sie den eigenen Einfluß und stärken den der Gegner. Um persönlicher Interessen willen dürfte man nicht so ausschließend sein, wie man sein muß, wenn es sich um die Wahrung hoher vaterländischer Güter handelt.

Es ist auch ein großer Gewinn, wenn die Gebildeten wieder mehr Gefühl und Zusammenhalt unter sich bekommen. Dies hebt ihr Selbstvertrauen und ihren Mut, Eigenschaften, welche sich durch Berührung übertragen. Eine Partei, die voll Selbstvertrauen und Mut ist, läßt sich auch durch zeitliche oder örtliche Mißerfolge nicht beugen. Sie wird nur desto mehr darauf bedacht sein, für die Ausbreitung ihrer Ansichten zu wirken und neue Anhänger zu gewinnen, damit sie das nächstmal bei der Messung der Kräfte bessere Aussichten habe. Einer Partei, die ihre Sache mit Mut und Kraft führt, sollen auch die Gegner Achtung, selbst dann, wenn die Partei in der Minderheit geblieben ist; nur wer sich selbst aufgibt, erwirbt zur Niederlage noch Spott und Hohn. Im allgemeinen haben die Proletariatsparteien, wie sie in ruhigen Augenblicken bekunden, mehr Respekt vor den gebildeten Klassen, als diese selbst oft glauben.

Ein sehr wichtiges Mittel zur Verbreitung von Ideen ist die Presse. Leider ist auch auf diesem Gebiet die Zunahme der Gleichgiltigkeit nicht zu bestreiten. Das Farblose, das Kraft- und Saitlose ist den meisten Lesern das liebste. Nur niemandem zu nahe treten, nur keine Partei beleidigen, nur ja nichts bringen, was politische Denkkraft erfordert! Das ist ein Wahrspruch, der am besten vertiert. Wir haben in Baden in den letzten Jahren gesehen, daß politische Parteiblätter, die fortwährend zurückgingen, nach Aufgabe der politischen Farbe und Uebergang zum Gleichgiltigen, Harm- und Charakterlosen plötzlich wieder Zulauf bekamen und sich noch retten konnten. Vom rein geschäftlichen Standpunkt aus ist dies jedenfalls das Klügste, aber es ist doch nicht jedermanns Sache.

Der Schaden, den solche „farblose“ Blätter stiften, ist ein sehr großer. Um durch irgend etwas die Leselust anzuregen, greifen sie zu Wortzitat und Skandalgeschichten, verderben also den Geschmack und den besseren Sinn ihrer Leser gründlich. Außerdem wird der Teil des Publikums, der nicht unbedingt auf eine Partei eingeschlossen ist, durch das beständige Lesen solcher Blätter in dem Widerwillen gegen jede politische Betätigung mehr und mehr befestigt. Dies ist aus den vorhin angeführten Gründen höchst bedenklich, denn es hat die Herrschaft der extremsten Parteien zur Folge, die am heftigsten zu agitieren und die übertriebensten Forderungen aufzustellen verstehen, wogegen die gemäßigten, den gesunden Menschenverstand vertretenden Parteien um ihren Anhang gebracht werden. Hier hilft nichts, als kräftige Gegenagitation; mit Feigheit und Gleichgiltigkeit bessert man unsere Zustände nicht.

Wir begreifen in diese Rubrik nicht diejenigen Blätter, die eine patriotische Tendenz verfolgen, ohne sich irgend einer Partei unbedingt anzuschließen. Sie haben eine Mission zu erfüllen bei vielen Lesern, die sonst der sozialdemokratischen und liberalen Agitation verfallen würden. Aber die bloße Abwehr allein genügt nicht; sie wirkt auf jede Partei mit der Zeit entmutigend. Die beste Defensive ist die Offensive; daher muß es zur offensiven Bekämpfung der Gegner einer kräftigen deutschen Politik, wie auch zur beständigen Wahrnehmung der Bildungsinteressen noch andere Blätter geben. Und hier sind wir wieder bei der Aufgabe angelangt, die wir uns selbst gestellt haben. Ohne eine journalistische Vertretung, die nicht darnach fragt, ob sie den Befehl der großen Menge erringt oder nicht, wäre es unmöglich, den Strom, der gegenwärtig die gebildete Minderheit zu überfluten droht, wieder in sein geordnetes Bett zurückzuführen. Aber auch für die entscheidende Presse ist der schlimmste Feind die Gleichgiltigkeit in den Reihen der Gesinnungsgenossen. Die Gleichgiltigkeit muß in allen Ständen erloschen sein, ehe gesunde politische Bestrebungen von Erfolg sein können. Wir richten daher zum Schlusse unserer heutigen Erörterungen nochmals die Aufforderung an alle vaterländisch denkenden Gebildeten, uns durch mögliche Verbreitung unseres Blattes förderlich zu sein. Sie dienen damit auf eine wirksame Weise der gemeinsamen Sache.

Vom Tage.

Karlsruhe, 10. Dezbr.

Ein russisch-chinesischer Vertrag.

Die „North-China Daily News“ veröffentlicht den Wortlaut einer zwischen Rußland und China abgeschlossenen Konvention, von der früher schon einmal die Rede war. Danach enthält die Konvention folgende Hauptbestimmungen:

1. Angesichts der Thatsache, daß die große russische sibirische Eisenbahn auf dem Punkte der Fertigstellung ist, erlaubt China Rußland, seine Eisenbahn in chinesische Territorien zu verlängern; (a) von den russischen Hafen Labowoitok nach der chinesischen Stadt Hantschun, in der Provinz Kirin, von dort nach Nordwesten bis zu der Provinzial-Hauptstadt von Kirin, und (b) von der Eisenbahnstation einer Stadt in Sibirien nach der chinesischen Stadt Linin, in der Provinz Heilung-Tschiang, von dort nach Südwesten zur Provinzialhauptstadt Tschitshar, und von dort wiederum zur Stadt Petune in der Provinz Kirin, schließlich von dort nach Südwesten zur Provinzial-Hauptstadt Kirin.

2. Alle durch Rußland in die chinesischen Provinzen Heilung-Tschiang und Kirin gebauten Eisenbahnen sollen auf alleinige Kosten Rußlands gebaut werden; die Bestimmungen und der Bau derselben sollen einzig nach dem russischen System sein, mit dem China nichts zu thun hat; die ganze Kontrolle soll sich für eine Zeitdauer von 30 Jahren in den Händen Rußlands befinden. Nach Ablauf der genannten Periode soll es China freistehen, die notwendigen Fonds aufzutreiben, um damit, nachdem der Wert der genannten Eisenbahnen richtig abgeschätzt worden ist, sie abzukaufen, den rollenden Stock, die Maschinen-Vorräte und die mit der Bahn verbundenen Gebäude. Wie China aber nach Ablauf der gedachten Zeit

diese Eisenbahnen einlösen wird, dies soll einem zukünftigen Uebereinkommen überlassen werden.

3. China besitzt jetzt eine Eisenbahn, welche es von Schanghai nach der Provinzialhauptstadt von Fengtien, nämlich Mukden (Schengking), und von Mukden nach der Provinzialhauptstadt von Kirin zu verlängern beabsichtigt. Dürfte es China späterhin nicht passen, diese Bahn zu bauen, so soll es Rußland erlauben, die Fonds aufzutreiben, um die Eisenbahn von der Stadt Kirin an für China zu bauen; es steht aber China frei, diese Bahn nach Ablauf von 10 Jahren einzulösen. Was die Route anbetrifft, welche diese Bahn einschlagen wird, so soll Rußland den Ausmessungen folgen, die China in Verbindung hiermit bereits vorgenommen hat, und zwar von Kirin nach Mukden, Nutschwang u. s. w.

4. Die Eisenbahn, welche China bauen, und die von Schanghai nach Nutschwang, Raiping, Tschinichu, Mutschun (Port Arthur) und nach Taliennan laufen wird, soll den russischen Eisenbahn-Regulativen folgen, um die Handelsbeziehungen zwischen den beziehungsweise Kaiserreichen zu erleichtern.

5. Mit Bezug auf die Eisenbahnen, welche Rußland auf chinesisches Gebiet bauen wird, so müssen die Routen, welche die genannten Eisenbahnen nehmen, durch die lokalen Civil- und Militärbeamten des Landes beschützt werden. Sie sollen außerdem den Civil- und Militärbeamten Rußlands auf den verschiedenen Eisenbahnstationen des Landes alle Erleichterungen und Hilfe geben, wie auch den an der Bahn angestellten russischen Handworkern und Arbeitern. Aber weil die genannten Eisenbahnen zum großen Teile durch die und nur dünn besiedelte Territorien passieren werden, in denen es den chinesischen Behörden schwer fallen wird, Hetsch den nötigen Schutz zu gewähren, soll es Rußland freistehen, besondere Bataillone Kavallerie und Infanterie an den wichtigsten Stationen zum besseren Schutz des Eisenbahn-Eigentums zu stationieren.

Art. 6 hat Bezug auf Zollabgaben für die auf den neuen Bahnen zu befördernden Waren, Art. 7 gestattet Rußen und Chinesen, die in jenen Provinzen befindlichen Minen zu untersuchen und zu eröffnen, und Art. 8 betrifft die Berufung russischer Offiziere zur Reorganisation der Territorial-Armee, doch sollen die Regeln für die Ausführung dieses Arrangements mit denen übereinstimmen, die in den Hantschiang-Provinzen mit Bezug auf die jetzt dort engagierten deutschen Offiziere in Gebrauch sind.“ Die folgenden Artikel lauten:

9. Rußland hat in Aien nie einen Seehafen besessen, der eisfrei und das ganze Jahr hindurch offen ist. Sollten demnach plötzlich militärische Operationen auf diesem Kontinent ausgeführt werden, so wird es natürlich für die russische Pacific-Flotte schwierig sein, frei und nach Gefallen sich umherzubewegen. Da China dies wohl weiß, so ist es bereit, zeitweise an Rußland den Hafen Kiaotshau (Tschiatshau) in der Provinz Schantung zu verpachten; die Periode für solch eine Pacht ist auf 15 Jahre begrenzt. Nach Ablauf dieser Periode soll China alle Kasernen, Speicher, Maschinen-Vorräte und Docks, die Rußland dort (während es den genannten Hafen besetzt gehalten) hat, abkaufen. Es ist aber keine Gefahr für eine militärische Operation vor, so darf Rußland nicht sogleich von dem genannten Hafen Besitz ergreifen, oder die wichtigsten Punkte besetzen, welche den Hafen beherrschen, um die Gelegenheit zu nehmen, dadurch die Eisfreiheit und den Verkehr der anderen Mächte zu erschweren. Was die Höhe der Pacht und die Weise, in der sie gezahlt werden soll, anbetrifft, so soll dies den Gegenstand der Beratung in einem späteren Protokoll bilden.

10. Da die Stantung-Hafen Schanghai (Port Arthur) und Taliennan, sowie deren Dependenz wichtige strategische Punkte sind, so muß China sie mit aller Eile befestigen, alle Fortifikationen ausbessern u. s. w., um einer zukünftigen Gefahr vorzubeugen; Rußland soll demnach alle nötige Hilfe leisten, um diese beiden Häfen zu beschützen und keiner fremden Macht erlauben, sich dort festzusetzen. China bindet sich auch seinerseits, dieselben nie an eine andere Macht abzutreten; sollte aber Rußland sich plötzlich in einen Krieg verwickelt sehen, so erklärt sich China bereit, Rußland zu erlauben, dort zeitweise alle seine Land- und Seemacht zu konzentrieren, um Rußland besser in den Stand zu setzen, den Feind anzugreifen oder seine eigene Stellung zu schützen.

Art. 11 bestimmt, daß, wenn keine Gefahr für militärische Operationen vorliegt, an denen Rußland beteiligt sei, China die ganze Kontrolle über die Administration der genannten Häfen von Mutschun und Taliennan haben werde, auch dürfe Rußland sich in keiner Weise darin mischen. Was aber den Bau der Eisenbahnen in den drei Ost-Provinzen anbetrifft, sowie die Eröffnung der dort liegenden Minen, so solle es beiden freistehen, damit sofort nach Ratifikation dieser Konvention an's Werk zu gehen. Art. 12 endlich legt fest, daß die Konvention nach dem sofort in Kraft treten soll, ausgenommen die Klausel betr. Port Arthur, Taliennan und Kiaotshau, welche den verschiedenen Ortsbehörden der beiden Kaiserreiche bekannt gemacht werden müsse. Die Konvention ist chinesisch, russisch und französisch auszufertigen.

Dieser Vertrag hat begreiflicherweise in England große Aufregung hervorgerufen. Die Presse verlangt allgemein, daß England ungefährlich zur Erwerbung eines Gebietes schreite, das dem in die Machtphäre Rußlands übergegangen gleichwertig sei. „Daily Chronicle“ meint, die Wirkung dieses Vertrages bedeute völlige Vertreibung Englands aus dem äußersten Osten mit Hilfe Chinas und Deutschlands. Das Blatt legt energigsten Widerspruch ein gegen den Vertrag und dringt darauf, daß England mit allen diplomatischen Mitteln die endgiltige Unterzeichnung zu verhindern suche. Wenn diese Bemühungen vergebens seien, müsse England im Süden einen Schlag ausführen. Wenn es dies nicht thue, verzichte es auf seine Vorherrschaft im Osten. — Die „Morning Post“ sagt: Der Handel in Nordchina sei schon jetzt in die Hände der Nebenbuhler Englands übergegangen; die einzige mögliche Auslegung des Vertrags sei die, daß Rußland die Mandchurei unter seine vollständige Aufsicht, wenn nicht unter seine unmittelbare Herrschaft beläme. Nur Rußland dürfe vertragsgemäß in diesem wichtigen Gebiete eingreifen. „Daily News“ sehen dagegen in dem Vertrage keinen Grund zur Beunruhigung. Je mehr China sich entwickle, desto besser sei es für die Welt. England habe das Interesse hierzu beizutragen. Rußland thue es jetzt.

Der Vertrag ist ein kräftiger Beweis für die Richtigkeit dessen, was Staatssekretär v. Bötticher gestern im Reichstag über den Wettkampf der Nationen um die Eroberung des Marktes in Ostasien gesagt hat. Nimmt man dazu, daß Rußland soeben auch von Anselm Hafen und Landstrich an der Straße von Bab-el-Mandeb erworben hat, so ergibt sich, daß Rußland mit Energie und Geschick von allen Seiten her auf sein Ziel losgeht, die erste und festeste Stelle in Ostasien einzunehmen. Während auf der einen Seite mit aller Kraft an der Vollenbung der transsibirischen Bahn und damit an der Sicherung des Landes nach Ostasien und China und an der vertragsmäßigen Eroberung der dortigen Stellung gearbeitet wird, bedeutet der Erwerb an der Straße von Bab-el-Mandeb den Beginn zu einer Beherrschung des Suezkanals und zur Sicherung des Seeweges nach Ostasien. Dieser Länderwerb, so führt die „Kön. Ztg.“ aus, bietet ein Gegenstück zur englischen Herrschaft über Gibraltar. Am bezeichnendsten sei, daß Rußland auf diesem Seewege gerade jenes Gebiet ausgewählt habe, das unmittelbar an die französische Kolonie Oboel anschließt. Daß die russische und die französische Kriegsflotte neben ein-

ander am Eingange des Roten Meeres wehen, dürfte zur Genüge beweisen, daß die beiden Staaten in der Orient-Politik zu weiter aussholendem Vorgehen sich verständigt haben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Dez.

(Schluß.)

Abg. Frese (fr. Vg.): Wir haben 1885 der Vorlage nicht günstig gegenüberstanden. Heute aber, wo wir es mit einer vollendeten Thatsache zu thun haben, können wir uns den Gründen, die zu dieser neuen Vorlage geführt haben, nicht verschließen. Eine vierwöchentliche Verbindung mit Ostasien erscheint uns nicht mehr ausreichend. Viele Waren sind bisher infolge der seltenen Beförderungsgelegenheit auf englischen Linien befördert worden. Wir halten deshalb eine 14tägige Verbindung für notwendig. Durch die Subvention ist es dem Norddeutschen Lloyd möglich gewesen, nicht 7 Schiffe, wie anderweitig behauptet wurde, zu bauen, sondern 25 Schiffe auf den deutschen Werften herstellen zu lassen. Aus dem Export australischer Wolle wird der deutschen Landwirtschaft keine nennenswerte Konkurrenz erwachsen. Im allgemeinen ist die Vorlage von Wichtigkeit für unsere Handelsbeziehungen. Ich bitte, sie in der Kommission eingehend zu beraten.

Abg. v. Leipziger (kons.): Der 1885 erwartete Erfolg sei nicht eingetreten. Seine Partei habe damals der Vorlage zugestimmt, aber heute müsse die Mehrzahl seiner Freunde dieselbe ebenso beurteilen, wie der Abg. Schädler. Der „Lloyd“ soll freischiffen aus Indien Getreide in die deutschen Landwirthe. (Hört! Hört!) Er schadet damit der deutschen Landwirtschaft. Für die Exportinteressen Deutschlands leistet die Kingle-Linie mehr als der „Lloyd“. Sollen etwa auf den anderen Linien auch 14tägige Fahrten eingerichtet werden und demgemäß die Subvention erhöht werden? Die Berechnung in den Motiven mache auf ihn einen tonischen Eindruck. Die Mehrzahl seiner Freunde würde sich die Entscheidung nach den Aufklärungen in der Kommission vorbehalten.

Staatssekretär v. Stephan hofft, daß diese Aufklärungen in der Kommission alle Parteien befriedigen werden und erinnert an die Ausführungen Windthorst im Jahre 1885, der eine Erneuerung der Subvention damals voraussetzte. Die Entwicklung des Verkehrs sei doch eine nicht unerhebliche. Die Regierung besinne sich in einer gewissen Zwangslage. In Kopenhagen fanden Verhandlungen über eine neue Linie Kopenhagen-Danien statt. Belgien, Frankreich und England machten erneute Anstrengungen. Die Fahrten von Antwerpen nach Japan sollen schon jetzt 14tägig werden. Ferner reichten tatsächlich die vierwöchentlichen Fahrten nicht zur Bewältigung des Verkehrs. Daß Postdampfer Getreide als Ballast gebracht hätten, sei ihm nicht bekannt.

Abg. Wegger (Soz.) erklärt sich im Namen seiner Partei mit der Subventionierung der einzelnen Linien nicht einverstanden. Wollte man den deutschen Handel konkurrenzfähig machen, warum unterstütze man dann nur den Lloyd? Redner beklagt alsbald, daß auf den Schiffen des Lloyd als Feige und Krummer Farbige und Chinesen beschäftigt werden. Der Streit in Hamburg sei teilweise auf die Verwendung farbiger Arbeiter zurückzuführen.

Abg. Hahn (radik.) bemerkt, daß in der Regierungsvorlage gebotene Material genüge nicht. Die Kommissionsberatung müsse weitere Klarheit bringen. Die Stellung der Schiffsbesitzer zum Lloyd sei keine glänzende. Man könne vom Lloyd billig Rücksichtnahme auf die deutsche Landwirtschaft und Industrie erwarten, wenn derselbe vom Reiche eine Subvention fordere.

Hierauf verlegt sich das Haus auf morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Rest der eben verhandelten Vorlage, Resolution anlässlich des bürgerlichen Gesetzbuchs, Initiativanträge. Schluß 5 Uhr 10 Min.

Deutsches Reich.

Berlin, 9. Dez. Das Staatsministerium hielt heute Nachmittag 3 Uhr im Reichstagsgebäude eine Sitzung unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenhausen ab. — Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Obersten Liebert zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika an Stelle des in den einwöchigen Ruhestand versetzten Major v. Wismann. — Die Nordd. Allg. Ztg. teilt mit, nach einem von der deutschen Kolonie in Lourenço-Marques ihr zugekommenen Telegramm von gestern sei der holländische Konsul angegriffen und verwundet worden. Außerdem wurde eine englische Flagge zerissen und auch gegen das deutsche Konsulat ein Sturm veranstaltet.

Ausland.

Schweiz.

Bern, 9. Dez. Im Ständerat teilte Bundesrat Ruffen bezüglich des Säninger Kanals mit, daß die Stadt Basel einige Änderungen an dem Projekte verlangen werde. Auch sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die deutsche Regierung ihre bisherige wohlwollende Haltung dem Unternehmen gegenüber ändern werde.

Italien.

Rom, 9. Dez. (Deputiertenkammer.) Bei der Erörterung der inneren Politik wurden auch 2 Beschlusanträge Turati und Zamboni eingebracht, in denen erklärt wird, daß die innere Politik der Regierung gemißbilligt werde. Ministerpräsident Rudini wünscht, daß diese Anträge erst nach der Budgetberatung erörtert werden. Dieser Vorschlag wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 33 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Paris, 9. Dez. Im Budgetausschusse äußerten sich heute Ministerpräsident Méline, Finanzminister Cochery und Marineminister Besnard über den Antrag Bodron betreffend die Fortsetzung der 200 Millionen Frs. für den Bau neuer Kriegsschiffe. Der Marineminister erklärte, der Stand der Flotte sei nicht so unglücklich wie man behauptete. Nichtsdestoweniger sei von der Regierung vor mehreren Monaten festgestellt, daß eine Vermehrung der Flotte erforderlich sei. Die Regierung beschäufte sich mit der Aufstellung eines Planes für die Schiffsbauten und werde, sobald dieser Plan fertiggestellt sei, das Parlament um Bewilligung der für die Ausführung des Planes nötigen Geldmittel ersuchen. Die Regierung werde aber jeden Gedanken, sich die Mittel durch ein außerordentliches Budget bewilligen zu lassen, zurückweisen. Der Ausschuss nahm von dieser Erklärung Kenntnis.

Spanien.

Madrid, 8. Dez. Nach einer Amtsbejehre aus Manila gelang es einer größeren Anzahl in Cavite gefangen gehaltener Personen, zu entweichen. Die Truppen, welche sich zur Verfolgung derselben aufmachten, töteten ihrer 60 in den Straßen der Stadt und brachten die übrigen ins Gefängnis zurück. Auf Seite der Spanier fiel 1 Mann und 6 wurden verwundet. Auf der Insel Paragua ist eine Verschwörung entdeckt worden; 5 der daran Beteiligten wurden hingerichtet, die übrigen ins Gefängnis geworfen.

Balkanhalbinsel.

Konstantinopel, 8. Dez. Die Nachricht von der Abberufung des türkischen Botschafters in Wien, Mahmud Nadim Pascha, wird von amtlicher Seite für unbegründet erklärt. Das Gerücht von der Verhaftung des Metropoliten Anthimos und der amtlichen Sperre der rumänischen Kapelle ist falsch. Die Bemühungen des Patriarchates, die 6 Delegationen, welche für Anthimos gestimmt haben, zur Zurücknahme ihres Votums zu bewegen, waren bisher erfolglos. — Die Behauptung, daß der rumänische Gesandte bezüglich der Wahl des Metropoliten und in der Frage der Eröffnung der armenischen Kapelle Schritte beim Patriarchat unternommen habe, ist falsch. Bezüglich der noch offenen Frage der Anerkennung des gewählten Metropoliten durch das Patriarchat haben sich in Rom zwei Parteien gebildet. Die Mehrheit verlangt die Kommunikation des Anthimos, die besonnenen Elemente widersetzen sich derselben, weil sie den Eintritt eines Schismas befürchten und einer teilweisen Erfüllung der Wünsche der Skizzenlachen durch die Ernennung eines nationalen Metropoliten nicht abgeneigt sind, da sie hierdurch auch für die Zukunft einem Schisma vorbeugen können.

wegen, waren bisher erfolglos. — Die Behauptung, daß der rumänische Gesandte bezüglich der Wahl des Metropoliten und in der Frage der Eröffnung der armenischen Kapelle Schritte beim Patriarchat unternommen habe, ist falsch. Bezüglich der noch offenen Frage der Anerkennung des gewählten Metropoliten durch das Patriarchat haben sich in Rom zwei Parteien gebildet. Die Mehrheit verlangt die Kommunikation des Anthimos, die besonnenen Elemente widersetzen sich derselben, weil sie den Eintritt eines Schismas befürchten und einer teilweisen Erfüllung der Wünsche der Skizzenlachen durch die Ernennung eines nationalen Metropoliten nicht abgeneigt sind, da sie hierdurch auch für die Zukunft einem Schisma vorbeugen können.

Bukarest, 8. Dez. General Berendei, Kommandant des ersten Armeekorps und früherer Generalstabschef, ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 10. Dez. Wie die „Karlsruh. Ztg.“ vernimmt, hat das Großh. Ministerium des Innern den Vorschlag der durch das Ableben des Fürsten zu Fürstberg im zweiten badischen Reichstagswahlkreise notwendig gewordenen Ersatzwahl zum Reichstage auf den 28. Januar 1897 angelegt. Mit der Auslegung der Wählerlisten wird am 28. Dezember d. J. begonnen werden.

Karlsruhe, 10. Dez. Es verdient festgestellt zu werden, daß der „Freiburger Bote“ von der Zurückweisung seiner dreifachen Ablehnung der Worte des Weibichs Knecht durch die „Karlsruher Zeitung“ einfach keine Notiz nimmt. Sollte das aus der zarten Empfindung heraus geschehen, daß er bei Aufgabe seines Standpunktes auf dem Weibichs den Vorwurf „notorisch unwahrer Behauptungen“ sitzen ließe? Vielleicht macht man aber von zutüftlicher Seite das ultramontane Organ darauf aufmerksam, daß es nicht eines „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ kämpfenden Blattes ist, der Wahrheit die Ehre zu geben, und daß es für ein am Sitz der erzbischöflichen Kurie erscheinendes „katholisches“ Blatt sich zweimal nicht schämt, von „notorisch unwahren Behauptungen“ zu reden, nachdem der Bischof diese Behauptungen ausgesprochen hat. Zu der dreifachen Ablehnung des „Freiburger Boten“ wird uns noch von einem Freunde und — merkt's „Freiburger Bote!“ — Ohezenzungen der Worte des Weibichs geschrieben: „Die Rechte der Ultramontanen übersteigt alle Grenzen. Ich war bei der Beisehung des Fürsten und habe mit eigenen Ohren gehört, daß Herr Weibichs Knecht den Vorarbeiten als einen treuen Anhänger seiner Kirche bezeichnet hat. Er fuhr wörtlich fort: „Er bewies dies durch häufigen Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes, sowie dadurch, daß er die heiligen Sacramente empfangen hat.“ Ferner erwähnte der Bischof u. a., der Fürst habe dem Dominikaner Nonnen M. M. M., das durch zwei Patres vertreten war, wahrhaft fürliche Gaben gespendet. Das wird jeder Teilnehmer an der Feier bekräftigen können.“

Karlsruhe, 10. Dez. Unser Heidelberger Korrespondent schreibt uns: „Die neuliche Notiz in der „Landesztg.“, welche betont, wie die Stellung der Volksschullehrer heute doch eine so ganz andere sei, wie früher, ist — man sollte es kaum glauben — von einem Mitarbeiter des hiesigen „Neuen Anzeiger“ mißverstanden worden. Es spreche Spott aus derselben und darum sei es für den Lehrstand kränkend. Der wahre Freund der Volksschule freue sich nicht, wenn einzelne Lehrer aus Gründen privater Natur sich in besseren Vermögensverhältnissen befinden. Nach unserer Meinung gehört schon eine krankhafte Empfindlichkeit dazu, in jener Notiz der „Landeszeitung“ Neid und Spott zu entdecken. Bemerkte ich noch, daß, wenn manche Lehrer heute auf Grund privater Vermögensverhältnisse sich in sehr günstiger finanzieller Lage befinden, diese privaten Verhältnisse nicht von ungefähr eingetreten sind, sondern damit in Verbindung stehen, daß die Situation der Lehrer sich in den letzten Jahrzehnten in jeder Beziehung sehr gebessert hat. Wir meinen, es könnte den Lehrern nur angenehm sein, wenn letzteres gelegentlich konstatiert wird.“ Wir möchten dem noch folgenden beifügen: Auch in anderen Blättern ist von gewisser Seite der harmlosen Notiz in der „Landeszeitung“ ein Sinn unterlegt worden, den sie bei der ganzen Haltung der „Landesztg.“ den Lehrern gegenüber unmöglich haben konnte. Der Herdeseß in den gereizten Auslassungen kommt übrigens in dem Hinweis auf den nationalliberalen Charakter der „Bad. Landesztg.“ und die Anhängererschaft, die die nationalliberale Partei unter den Lehrern immer gehabt habe, so deutlich zum Vorschein, daß wohl kein Lehrer, der ruhig denkt und weiß, wie die Landeszeitung seit Jahrzehnten für die berechtigten Wünsche der Lehrer eingetreten ist, darauf hereinfallen wird. Die Nachwerke gegen uns bezw. gegen die nationalliberale Partei kennzeichnen sich schon durch die unannehmliche Behauptung, es sei in unserer Heidelberger Korrespondenz unterstellt, die hausbesitzenden Lehrer in Heidelberg seien zu dieser ihrer Eigenschaft, die wir ihnen von Herzen gönnen, durch ihren — Gehalt gekommen! Es widerstrebt uns, auf weiteres einzugehen. Nur eines sei bemerkt. Wenn behauptet wird, es folte durch die Korrespondenz Stimmung gegen die Erfüllung der Wünsche der Lehrer, die schon den letzten Landtag beschäftigten, gemacht werden, so ist das eine ebenso willkürliche als unrichtige Annahme. Wir hoffen, daß diese Wünsche im nächsten Landtag berücksichtigt werden und sind überzeugt, daß kein vernünftiger Mensch darin, daß einige Lehrer in Heidelberg durch private Verhältnisse, die allerdings wesentlich mit der von der nat.-lib. Partei geschaffenen sozialen Hebung des Lehrerstandes zusammenhängen dürften, Hausbesitzer geworden sind, einen Grund zur Ablehnung der berechtigten Wünsche des ganzen Standes erblicken wird. Wir hoffen auch, daß, wie bisher, die Willkürer und Hegezeren an dem Gros unserer Lehrerschaft wirkungslos vorübergehen werden.

Karlsruhe, 9. Dez. Auch bei der heute Vormittag stattgehabten Bürgerentscheidungs-Gruppenwahl der Mittelbeisitzer hat der nationalliberale Wahlvorschlagn eine ganz erhebliche Mehrheit erhalten. Von 180 Wahlberechtigten haben 135 abgestimmt. Die Opposition brachte es im Maximum auf 40 Stimmen.

Baden-Baden, 10. Dez. Das Resultat des Nennungs-schlusses und des zweiten Einleges für die zwei wichtigsten Ereignisse der hiesigen internationalen Rennen liegt jetzt vor. Für den Großen Preis von Baden für 1898 (Ehrenpreis und 100 000 M.) wurden 89 deutsche und österreichische, 24 französische und 14 englische, zusammen 127 Unterschriften; für den Preis von Iffezheim 1899 (Ehrenpreis und 80 000 M.) wurden 149 deutsche und österreichische, 29 französische und 13 englische, zusammen 185 Unterschriften abgegeben. Der zweite Einleg für den Großen Preis von Baden für 1897 (Ehrenpreis und 80 000 M.) wurde für 35 deutsche und österreichische und 9 französische Pferde und im Preis von Iffezheim 1898 (Ehrenpreis und 80 000 M.) für 30 deutsche und österreichische, 14 französische und ein englisches Pferd besetzt.

Freiburg, 8. Dez. Zur Zeit ist hier der Wanderpreis für das Fußballspiel ausgestellt, den der Verein zur Förderung der Jugend- und Volksspiele hier gestiftet hat. Der Besitz desselben soll jedes Jahr in einem Wettspiel zwischen den Schülern des Gymnasiums und der Oberrealschule ausgeschrieben werden und zwar zum zweitenmal im nächsten Frühjahr. Der Preis selbst, eine Arbeit einer Freiburger Künstlerin, ist ein Kunstwerk von bleibendem Wert, ein Schild in eichem Bronzerguß, darstellend einen Jünglingskopf in reicher Anordnung, und soll einen Schmuck für die Turnhalle der siegreichen Anstalt bilden. Wir hoffen, daß auch diese Einrichtung, die auch jetzt, wie gesund und kräftig sich die Spielfache hier entwickelt hat, die Freude am Körper-

lichen Spiel fördern und die Erkenntnis des reichen Segens, der für die Jugend aus der Betätigung von frischer Kraft spricht, in immer weitere Kreise tragen wird.

Donauwörth, 9. Dez. Gegenüber anderweitigen Meldungen, wonach Fürst Max Egon zu Fürstberg nicht vor Ablauf einer gewissen Zeit hierher überföhren werde, können wir versichern, daß der Fürst und seine Gemahlin ihre Residenz bereits dauernd im hiesigen Schloße genommen haben. Dem Vernehmen nach gedenkt S. Durchlaucht in den nächsten Tagen an den Höfen zu Karlsruhe, Berlin, Stuttgart und Sigmaringen die Orden seines vereinigten Vaters, des Fürsten Karl Egon, zu überreichen, sich dann für die Weihnachtszeit zu seinen noch in Schloß Lana weilenden Kindern zu begeben und unmittelbar darauf hierher zurückzukehren.

Eugen, 8. Dez. Der „Schwarzwälder Bote“ brachte die Mitteilung, daß die Demokraten ihren früheren Kandidaten Herrn Engelbert Mayer hier wieder wählen wollen. Der „Höf. Erz.“ hat auf Befragen von Herrn Mayer selbst die Ermächtigung erhalten, zu erklären, daß er nicht Kandidieren werde.

Das Programm des Fürsten Max Egon zu Fürstberg.

Donauwörth, 9. Dez. Fürst Max Egon zu Fürstberg, der jetzt als Haupt des fürstlichen Hauses dessen Besitzungen in Baden, Württemberg und Preußen mit seinen umfangreichen und blühenden böhmischen Gütern in einer Hand vereinigt, hat alsbald die Ausübung der standesherlichen Rechte übernommen. Heute Mittag 2 Uhr ließ sich der Fürst im Sitzungssaal der fürstlichen Kammer eine große Anzahl seiner dienst-abkömmlichen Beamten, insbesondere die an der Spitze fürstlicher Stellen fungierenden, vorstellen. Es waren zu diesem Zwecke die Räte der fürstlichen Kammer, sämtliche Oberförster und Rentmeister, der Vorstand des Archivs, der Bibliothek und der Kunstsammlungen, die Leiter der fürstlichen Industrie, Vertreter des Sekretariats, die Baupinspektoren, die höheren Kassen-, Jagd- und Gartenbeamten, die Kulturtechniker, Straßeneinmeister und viele andere erschienen. Fürst Max Egon nahm das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren! Wenn ich heute zum erstmalen nach dem Hinscheiden des nun in Gott ruhenden Fürsten Karl Egon mit Ihrer Gesamtheit in dienstgeschäftliche Verbindung trete, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen ein Wort über die Wünsche und Auffassungen zu sagen, welche mich leiten und bewegen. Ich bitte Sie herzlich, wie bisher so auch ferner fortzuführen in der Betätigung gut-deutscher und gut-kaiserlicher Gesinnung, in der Treue gegen unsere Landesherren von Baden, Württemberg und Preußen, in der Pflege unserer Beziehungen zum Staat und zu den Gemeinden, in der Förderung des wirtschaftlichen Wohls der Bevölkerung, deren Lebensbedingungen oft durch den Gang der Verwaltung tief be- rührt werden. Bewahren Sie in Ihrer Mitte den edel- fortschrittlichen Geist, von welchem die Arbeit des Beamtenorganismus unter meinem vereinigten, geliebten Vetter getragen war. Sein unvergessliches Andenken werden wir dadurch am meisten ehren. Vergessenwürdig ist sich stets, daß wir nie die hohe Aufgabe aus den Augen lassen dürfen, den Staat und die Kirche auf den ihnen eigenen Tätigkeitsgebieten in ihrem Wirken für das vater- ländische Gesamtwohl überall da zu unterstützen, wo wir dazu imstande sind und berufen sind. Ich meinerseits gelobe Ihnen, daß ich alle meine Kräfte in den Dienst der schwierigen Aufgabe stellen will, die mir zugefallen ist. Ich werde ehrlich arbeiten, um nach dem erhabenen Vorbild S. Königl. H. unseeres Großherzogs jedermann zu beweisen, daß ich entschlossen bin, die mir überkommenen Rechte nicht ohne Erfüllung der in meinem Gewissen damit verbundenen Pflichten auszuüben. Meine Herren! Nur auf der Grundlage vollen gegenseitigen Vertrauens und bedingungsloser Offenheit halte ich ein wahrhaft gedeihliches Zusammenwirken für möglich. Dieses Vertrauen und diese Offenheit bringe ich Ihnen entgegen, verfolge auch Sie mir jedes Mittel. So gehen Sie denn in dem Bewußtsein an die gemeinliche Arbeit, daß die Treue und Redlichkeit, der Ordnungssinn und das Vorwärtsstreben, welche das fürstliche Beamtenamt bisher erfüllt haben, auch von mir in vollem Maße anerkannt werden sollen. Die Entwicklung des modernen Lebens, insbesondere nach der wirtschaftlichen und technischen Seite hin, ruht seinen Augenblick; gönnen auch wir uns keine Mühe und, um den Erfordernissen dieser Entwicklung als Mitarbeiter unseres großen deutschen Volkes und unserer reich bewegten Zeit zu entsprechen.“

Nachdem der Fürst geendet, brachte der Präsident der fürstlichen Kammer Seiner Durchlaucht den warmen Dank der Beamtenchaft und aller Derer zum Ausdruck, welche im Wohl und Wehe an den Schicksalen der fürstlichen Standesherrschaft teilnehmen. Bei der nun folgenden Vorstellung sämtlicher Beamten durch den Präsidenten der Kammer wies der Fürst mit jedem der Anwesenden Händedruck und freundliche Worte der Begrüßung.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 10. Dezbr.

Über das Befinden S. H. des Großherzogs werden seit einiger Zeit in nicht-badischen Blättern ungünstige Berichte verbreitet. Die „Karlsruh. Ztg.“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß solche Mitteilungen vollkommen unbegründet sind. Nach dem übereinstimmenden Urteil der den Großherzog behandelnden Ärzte verläuft die Genesung des hohen Herrn, wenn auch langsam, so doch durchaus normal und zufriedenstellend. Schlimme Befürchtungen irgend welcher Art sind keineswegs gerechtfertigt. — S. K. H. der Großherzog empfing gestern den Minister v. Brauer zum Vortrag.

Die Baderebahn im Stadgarten, welche den heutigen Anforderungen der schnellverkehrenden Räder nicht mehr genügt, wird soeben abgegraben. An ihre Stelle sollen Anlagen treten, und man sucht dem See, welcher das Innere der Stadgärten umgibt, durch Ausbuchtungen und Landspitzen eine etwas gefälligere Form zu geben. Eine neue Baderebahn soll auf der großen Schießwiese außerhalb des Stadgartens hergestell werden, östlich der strategischen Bahn und südlich des Weges am oberen Ende des Stadgartens. Einstweilen hat man angefangen, die Wiesen durch Bauzäune aufzufüllen.

Rechtspflege.

Neustadt, 9. Dez. Die Feldberggasse in der Pfingst- nacht kam heute vor dem Schöffengericht in Neustadt l. Schw. unter dem Vorsitz des Amtsrichters Dr. Eckhard zur Verhandlung. Angeklagt sind die ehemaligen Freiburger Hofbörnerlein, Borstede, Theophile und Götsch, der Straßburger Alenane Werbed und die Zülpinger Schwaben Harte, Amede, Röhne und Albrecht. Helm und Werbed sind auch wegen Hausfriedensbruchs angeklagt, die übrigen nur wegen groben Unfugs und ruhestörenden Äußerungen. Die Angeklagten erklärten, „Brot. Ztg.“ betrunken gewesen zu sein und die Anklage gehabt zu haben, daß in dem Teile des Hotels, in dem sie wohnten, nur Korps- studenten gewesen seien. Aus der Zeugnisaussage geht hervor, daß von 12 bis 4 Uhr nachts auf dem Korridor recht erheblicher Lärm verübt worden ist, durch Stößen und Klopfen an den Thüren, durch Schreien und Lachen und durch Einflößen der Zuhäufung eines Schlafzimmers. Die Angeklagten erklärten, daß Wasser begossen, Wasserhähne zertrümmert u. s. w. Ein Strafantrag ist nicht gestellt worden; durch Zeugen wird festgestellt, daß ein tatsächliches Eingreifen seitens sämtlicher Gäste nicht erfolgt, und daß die in der Presse aufgetauchte Erzählung nicht wahr ist, einer der Zimmerbewohner habe sich mit dem Korridor gegen das Eindringen der Studenten verteidigen müssen. Die Befristung der in dem Nebenhaus wohnenden Gäste bestand lediglich in dem Lärm auf dem Korridor. In seinem Plädoyer hob Staatsanwalt Jungaus hervor, daß die Angeklagten, die in der Presse und im Reichstage so viel Staub aufgewirbelt habe, sich nach der heutigen Beweisaufnahme gar nicht darstellten, als allgemein angenommen wurde. Auf Grund der Preisurtheile hat die Anklagebehörde in einer Reihe von Zeitungen Aufsätze erlassen, daß sich alle

